



Kleine Anfrage

des Abgeordneten Heiner Rickers (CDU)

und

Antwort

der **Landesregierung** - Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Verbandsklagen in Schleswig-Holstein

Vorbemerkung der Landesregierung:

Die Landesregierung geht davon aus, dass sich die Fragen 1 - 4 auf Klagen im Sinne der Verwaltungsgerichtsordnung gegen Planfeststellungsbeschlüsse im Bereich des Naturschutzrechts beziehen und begrenzt die Beantwortung der Fragen auf einen Zeitraum der letzten 10 Jahre.

1. Wie viele Widersprüche von klageberechtigten Verbänden gab es - seit der Einführung des Verbandsklagerechts - gegen welche Infrastrukturprojekte in Schleswig-Holstein?
2. Wie viele und welche dieser Widersprüche wurden außergerichtlich beigelegt?

Die Fragen 1 und 2 werden wegen ihres Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Gegen die Planfeststellungsbeschlüsse folgender Vorhaben wurde durch Naturschutzverbände geklagt:

Planfeststellungsbeschluss/-genehmigung für das Vorhaben	Beklagt durch	Ausgang des Verfahrens
Neubau der A 20, Abschnitt V, Nord-West-Umfahrung Hamburg,	BUND	Urteil

Planfeststellungsbeschluss/-genehmigung für das Vorhaben	Beklagt durch	Ausgang des Verfahrens
Teilstrecke B 206 westlich Wittenborn bis B 206 westlich Weede (von Bau-km 1+015 bis 10+950) (30.04.2012)	NABU	
Planfeststellungsbeschluss, Rahmenbetriebsplan für erweiterte Kolkenschutzmaßnahmen zum Schutz der Förderplattform Mittelplate (2011)	Naturschutzgesellschaft Schutzstation Wattenmeer e.V.	Klage ist anhängig vor dem Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsgericht
Neubau der Westumgehung Pinneberg von Bau-km 1+790 (Knotenpunkt mit der L 106) und Bau-km 4+677 (L 76) (01.03.2010)	Landesnaturschutzverband SH BUND	Verfahren eingestellt nach Klagerücknahme
A 20 Streckenabschnitt 1 und 2 - Aufhebung der Geschwindigkeitsbeschränkung, Ergebnis zu den Beschlüssen vom 28.04.1997 (LS 140a-553.32-A 20-701) u. 19.01.2001 (LS 141-553.32-A20-702) (27.05.2009)	BUND	Vergleichsweise Einigung in der mündlichen Verhandlung (Die vergleichsweise Einigung sah keine Zahlungen an den Naturschutzverband vor)
2. Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Flughafens Lübeck-Blankensee (27.02.2009)	Schutzgemeinschaft gegen Fluglärm Lübeck und Umgebung e.V.	Klage ist anhängig vor dem Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgericht
1. Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Flughafens Lübeck Blankensee (20.01.2005)	BUND	Verfahren eingestellt nach Klagerücknahme

3. In welcher Höhe wurden im Rahmen dieser außergerichtlichen Beilegungen Zahlungen an klageberechtigte Verbände und/oder an durch diese unterstützte Projekte im jeweiligen Einzelfall und insgesamt in Aussicht gestellt bzw. geleistet?
4. Auf welche Höhe beliefen sich die im Rahmen dieser außergerichtlichen Beilegungen durch das Land geleisteten Zahlungen im jeweiligen Einzelfall und insgesamt?

Die Fragen 3 und 4 werden wegen ihres Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Es wurden vom Land Schleswig-Holstein als Vorhabenträger und / oder als beklagte Planfeststellungsbehörde keine Zahlungen an klageberechtigte Verbände und / oder an durch diese unterstützte Projekte geleistet oder in Aussicht gestellt.